

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1019

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1019



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 4. 2. 2018

Inhalt

Ja zu «Lehrplan vors Volk».....	1
Muss der Lehrplan 21 vors Volk?	2
Es wird kein Chaos ausbrechen	3
Demokratische Auseinandersetzung gescheut.....	3
Unterricht nur in Klassenräumen	4
Tägliche Elternarbeit.....	4
Mitbestimmung nicht aufgeben	5
Schlechtschreibung ist lernbar.....	6
Leistungsdruck in Schule und Kindergarten.....	10
Vom vergessenen Kulturgut des Erzählens und Zuhörens	13
Veranstaltungshinweise	15

Ja zu «Lehrplan vors Volk»

EDU-Standpunkt, Februar 2018

Die demokratische Mitbestimmung führt zu mehr Legitimation der Bildung an der Volksschule. Das ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Mehr Demokratie in der Volksbildung kommt allen zugute.

Hans Peter Häring, alt EDU-Kantonsrat, Wettswil

Mit einem Ja zur Initiative «Lehrplan vors Volk» entscheidet nicht mehr die Konferenz der Erziehungsdirektoren über einen neuen Lehrplan, sondern das Parlament. Das macht Sinn, denn dort sind die politischen Kräfte des Kantons vertreten. Mit dem fakultativen Referendum können sogar die Stimmbürger mitbestimmen. Das bedeutet mehr Demokratie, mehr Legitimation. Für die Volksschule sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.

Das Volk hat das letzte Wort

Die Volksschule soll vom Volk getragen werden. Diese Initiative führt zu mehr Demokratie im Bildungswesen. Dadurch, dass das Parlament oder das Volk das letzte Wort haben, findet ein breiter Meinungs-austausch über grundlegende bildungspolitische Themen unserer Volksschule statt. Denn am Schluss ist es die breite Bevölkerung – Lehrkräfte, Eltern, Gewerbevertreter, Lehrlingsausbildner, Hochschulen, die Bürger – welche die Auswirkungen der Bildung an der Volksschule tragen. Darum sollen sie auch die letzte

Verantwortung tragen. Das ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit.

Gegner fürchten sich

Die Gegner fürchten eine Mammutdiskussion im Kantonsrat. Vielleicht fürchten sie zu Recht, dass tatsächlich Diskussionsbedarf besteht und möchten diese Auseinandersetzung abwürgen. Eine lange Diskussion ist kein ausreichendes Argument, den Lehrplan nicht durch das Parlament genehmigen zu lassen. Die Diskussion über den Richtplan dauerte auch 33 Stunden; dafür hatte man Zeit.

Gender scheidet die Geister

Inhaltlich ist im Lehrplan 21 beispielsweise der Einbezug der Gender-Ideologie zu beanstanden. Am 20. Juli 2014 wurde der EDK (Erziehungsdirektoren-Konferenz) die Petition «Kein Gender im Lehrplan 21» mit 32'456 Unterschriften übergeben. Bei der Überarbeitung des Lehrplans wurde der Begriffe «Gender» einfach durch «Geschlecht» und «Gleichstellung» ersetzt. Inhaltlich blieb alles beim Alten. Für so dumm wird das Volk verkauft und so undemokratisch handeln unsere Bildungsfachleute. Darum braucht es unbedingt die demokratische Mitbestimmung durch Parlament und Volk. Mehr Demokratie in der Volksbildung kommt allen zugute.

Muss der Lehrplan 21 vors Volk?

Landbote 1.2.2018, Leserbriefe

Mit dem Lehrplan 21 soll der Kindergarten ab Sommer 2018 definitiv verschult werden. Dies, obwohl wir im Kanton Zürich im November 2012 mit 71 Prozent Ja für die Erhaltung des Kindergartens gestimmt haben.

Der 1. Zyklus des Lehrplans 21 ist eine Neuauflage der 2012 abgelehnten Grundstufe. Statt mit altersgerechtem spielerischem Lernen sollen bereits die Vierjährigen mit schulischen Lernmethoden wie z. B. Wochenplan, selbst gesteuertem Lernen, Lernstandserhebungen, Beurteilungskriterien und Tablets auf Leistung getrimmt werden. In Zukunft wird es an der Pädagogischen Hochschule in Zürich keine Kindergärtnerinnenausbildung mehr geben. Sind wir Eltern, Lehrpersonen und Steuerzahler gefragt worden, ob wir dieser Entwicklung zustimmen?

Ergreifen Sie am 4. März die Gelegenheit, mit einem beherzten Ja zur Initiative «Lehrplan vors Volk» eine längst fällige demokratische Diskussion über die Zukunft unserer Volksschule und unserer Kinder zu führen.

Daniela Holzmann, Maur

Der Lehrplan 21 ist nicht eine Harmonisierung der kantonalen Lehrpläne wie im Bildungsartikel der Bundesverfassung vorgesehen. Mit seiner Kompetenzorientierung wird der Volksschule ein fremdes Unterrichtsverständnis («Unterricht ohne zu unterrichten») von oben übergestülpt. Die Kompetenzorientierung ist auf der Unterrichtsebene das selbstgesteuerte Lernen, bei dem die Schüler auf sich selber zurückgeworfen werden und der Lehrer aus dem Lernprozess gedrängt wird. Das mit dem selbstgesteuerten Lernen geförderte Einzelkämpfertum verunmöglicht den Klassenunterricht und die Bildung einer Klassengemeinschaft, weil jeder Schüler mit einem andern Tempo unterwegs ist, einen anderen Lernstand hat und dadurch Leistungsschere und Stofflücken ständig weiter auseinanderklaffen. Die grossräumigen Lernlandschaften, in denen es extra nicht genügend Pulte für alle Schüler hat, und die Käfigpulte mit den Sichtblenden verhindern zusätzlich, dass ein Lehrer hier noch Klassenunterricht machen kann.

Damit wird auch die behauptete Methodenfreiheit zur Farce. Zudem gibt es bereits Schulleiter, die mit amerikanischen Überwachungsmethoden («Classroom Walkthrough»)

überprüfen, welche Unterrichtsmethoden die Lehrer anwenden. Alle Staaten, die diese Kompetenzorientierung eingeführt haben, sind bei Pisa am Abstürzen. Wenn dann noch behauptet wird, beim Lehrplan 21 würden die Sozialkompetenzen gefördert, kann man nur noch den Kopf schütteln. Ein Ja am 4. März zur Initiative «Lehrplan vors Volk» verhindert, dass unser bewährtes Volksschulsystem ohne Not an die Wand gefahren wird!

Peter Aebersold, Zürich

Es wird kein Chaos ausbrechen

Zürcher Bote 2.2.2018

Regierungsrätin Sylvia Steiner übertreibt masslos, wenn sie behauptet, unsere Volksschule steuere ohne eine rasche Einführung eines neuen Lehrplans auf ein Chaos zu. Diese absurde Annahme entbehrt jeder Grundlage. Die Zürcher Lehrerinnen und Lehrer würden auch nach einer Zustimmung zur Lehrplan- Initiative mit den vorhandenen Lehrmitteln zielgerichtet weiterarbeiten, ohne dass die Schule aus dem Ruder liefe. Mit der unverhohlenen Drohung mag die Regierungsrätin vielleicht einige unsichere Personen beeinflussen, die meisten dürften aber wenig Freude daran haben, dass mit so einer grobschlächtigen Argumentation einer argumentativen Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen wird. Die bisherige Information über die Lehrplan-Initiative ist ziemlich mager. Die wenigsten wissen, dass der neue Lehrplan längerfristig unsere Schule ganz gehörig umkrepeln dürfte. Das überladene Bildungsprogramm, die Veränderung der Lehrerrolle vom Lehrer hin zum Moderator, die einseitige Ausrichtung unserer Bildung auf messbare Daten und die erheblichen Kostenfolgen müssen endlich thematisiert werden. Über diese und andere Themen soll offen diskutiert und nicht mit Nebelpetarden abgelenkt werden. Die Lehrplan-Initiative weist den Weg, dass die Mitsprache gewährt und dem Volk die Schlusskontrolle beim Lehrplan künftig zugetraut wird.

Camille Lothe, Präsidentin Junge SVP ZH, Zürich

Demokratische Auseinandersetzung gescheut

Zürcher Oberländer 26.1.2018, Leserforum

Leserbrief zu «Bildungsdirektorin Steiner warnt vor Initiative der Lehrplan-Gegner», Ausgabe vom 17. Januar

Bildungsdirektorin Steiner warnt an ihrer kürzlichen Pressekonferenz vor Kritikern und Andersdenkenden bezüglich des auf dem Amtsweg verordneten Lehrplans 21 und äussert die absurde Behauptung, die Stabilität der Schule sei in Gefahr, falls der Lehrplan nicht wie vorgesehen ab kommendem Schuljahr umgesetzt werde. Ist das alles, was sie anstelle von Sachargumenten den sehr wohl begründeten Vorbehalten zum umstrittenen Lehrplan 21 entgegenhalten kann? Wen soll denn das jetzt überzeugen?

Einschneidende Änderungen

Frau Steiner behauptet, dank der Umgehung einer Volksabstimmung verhindere sie ein Zerreden, dass nicht ein Hüst und Hott im Bildungsbereich entstehe und nicht alles in der Schule auf den Kopf gestellt werde. Sie verschweigt (im Gegensatz zur Ihrer Vorgängerin Aepli) aber grosszügig, dass in Tat und Wahrheit genau der vorgesehene Lehrplan 21 mit Abstand die einschneidendste und grösste je vorgenommene Umwälzung in der Geschichte der Zürcher Volksschule bringen und tatsächlich alles Bisherige ziemlich

radikal auf den Kopf stellen wird!

Eine «Schule des Volkes»

Wenn Frau Steiner und ihr Umfeld so sicher sind, dass sie eine gute Vorlage kreiert haben: Wieso freut sich denn niemand von unseren Bildungsbehörden auf eine anständige und demokratiewürdige öffentliche Auseinandersetzung, wie es in unserer demokratischen Kultur bei wichtigen Vorlagen üblich ist, wo gute Sachargumente überzeugen sollen und wo mit einer ehrlichen Volksbefragung das betroffene und letztlich finanzierende Stimmvolk ernst genommen wird? Volksschule heisst nicht nur: Schule fürs Volk. Es heisst auch: Schule des Volkes! Es ist wichtig, dass wir gerade auch im Schulbereich und zum Wohle unserer Kinder mitbestimmen können.

Darum jetzt erst recht am 4. März ein überzeugtes Ja in die Wahlurne einlegen zur Mitbestimmungsinitiative im Schulbereich!

Kurt Scherrer, lic.phil./Lehrer, Wald

Unterricht nur in Klassenräumen

az Limmattaler vom 29.1.20178,

Leserbrief zu az vom 25. 1.: Urdorf – Schule plant, Lernlandschaften zu bauen

Als die Grundlagen für den Lehrplan 21 2010 fertiggestellt waren, stellte auch die D-EDK fest, dass der Bildungsartikel nicht als Rechtsgrundlage für den Lehrplan 21 dienen konnte, weil dort nur Ziele und Eckwerte fixiert sind, aber keine Inhalte, keine Lehrpläne und keine Kompetenzorientierung. Die D-EDK wollte aber nicht, dass der Lehrplan 21 das gleiche Schicksal wie das HarnosKonkordat erleiden würde, das wegen mehrerer Volksabstimmungen gesamtschweizerisch scheiterte. Die D-EDK griff 2010 zu einem Buebetrückli und schuf für den Lehrplan 21 eine «Verwaltungsvereinbarung» als Rechtsgrundlage. Diese muss weder den kantonalen Parlamenten noch dem Volk vorgelegt werden. Warum soll der LP 21 partout nicht vors Volk? Beim Lehrplan 21 wurden die kantonalen Lehrpläne nicht harmonisiert, sondern es wurde mit der OECD «Kompetenzorientierung» (nach Weinert) ein völlig neuer Lehrplan geschaffen, mit dem das bewährte Bildungssystem an die Wand gefahren wird. Das «selbstgesteuerte Lernen» ist keine Unterrichtsmethode, weil gar kein Unterricht mehr stattfindet. Klassenunterricht kann nur in Klassenräumen stattfinden und nicht in beliebigen, teuren Lernlandschaften.

Peter Aebersold, Zürich

Tägliche Elternarbeit

Beobachter 2.2.18, Leserbrief zu «Die Streber-Eltern» (Nr. 2)

Manchmal habe ich als Vater von zwei Kindern das Gefühl, dass die Hauptsache zu Hause gelernt werden soll. Beratung, Hilfe und Management für Aufgaben ist tägliche (auch sonntägliche), konfliktbeladene Elternarbeit. Die zeitliche Belastung ist gross, und das freie Spiel leidet darunter. Und als Lehrer muss ich mich rechtfertigen, wenn ich keine ausdrücklichen Hausaufgaben erteile.

Luc Heeb, Niederhelfenschwil SG

Viele Kinder sind mit dem selbstorganisierten Lernen heillos überfordert. Deshalb ist der neue Lehrplan 21 falsch. Die Eltern werden, falls dazu in der Lage, noch viel mehr helfen müssen, und die Chancengleichheit rückt in immer weitere Ferne.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Ihr Titelbild ist falsch. Die Schüler sind nicht faul, die Schule ist zur Bulimie-Lern-Anstalt verkommen. Die Eltern, die ich kenne, helfen ihren Kindern, weil sie es zeitlich wegen all der Auswendiglernerei sonst nicht mehr schaffen würden.

Marion Boxler Lieske, Winterthur

Deshalb haben wir so viele professionelle Nieten. Akademiker, die ohne Elternhilfe vielleicht gute Schreiner, Maurer oder Plättlileger geworden wären. Da ziehe ich den Hut vor all den Emigrantenkinder, die ohne Hilfe Akademiker geworden sind.

Susanna Geser, Biel

Mitbestimmung nicht aufgeben

Zürichsee-Zeitung vom 3.2.2018, Leserbrief

Zu «Eltern kämpfen für Erhalt ihres Kindergartens», Ausgabe vom 31. Januar

Ein klassisches Beispiel, wie die kommunalen Schulbehörden auf Druck der kantonalen Gesetze und Vorgaben mit den Eltern und Kindern umgehen. Die Gemeindeschulpflegen dürfen nicht mehr entscheiden. Warum wurden Quartierkindergärten geschaffen? Man wollte, dass sich die 4- bis 6-jährigen Kinder ihre ersten Schulerfahrungen in einer bekannten Umgebung machen und sich einfacher an das Neue gewöhnen. Aber im Zuge der Zentralisierung und von Harnos hat diese gute Idee keinen Platz mehr. Auf die Kinder und Eltern wird keine Rücksicht genommen und die Gemeindeschulpflegen sind gezwungen, die gesetzlichen Vorgaben und Entscheide umzusetzen.

Mit dem neuen Bildungskompass, wie der Lehrplan 21 gerne bezeichnet wird, soll dies noch mehr zementiert werden. Alles muss LP-21- und Harnos-konform sein. Alles wird von den kantonalen Bildungszentralen bzw. der EDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Bildungsdirektoren) festgelegt und bestimmt. Auch wenn es keinen Sinn macht, es muss vollzogen werden. Der neue Lehrplan leitet einen grundlegenden Paradigmenwechsel ein, auch wenn es aktuell von höchster Stelle bestritten wird. Bildung soll in vorgegebenen Kompetenzschritten möglichst an kommunalen Schulzentren vermittelt werden. Ohne ein von oben gesteuertes Monitoring geht das nicht. Ob sich die Schulpflegen und die Lehrpersonen darauf freuen, wenn sie dabei zu Befehlsempfängern degradiert werden, darf bezweifelt werden. Diese Art der Bildungspolitik muss ein Ende haben. Weichenstellungen für die Schulentwicklung müssen vom Volk entschieden werden. Beim neuen Lehrplan sind wir drauf und dran, demokratische Mitbestimmung aus den Händen zu geben. Nur mit einem Ja zur Lehrplaninitiative können wir dieses Recht sichern.

Werner Wunderli, Meilen

Schlechtschreibung ist lernbar

Weltwoche vom 24.1.2018

Viele Schweizer Schüler lernen «nach Gehör» schreiben. Die Lust am kreativen Text steht dabei im Vordergrund, die Orthografie spielt keine Rolle. Doch jetzt zeigen neue Studien: Die hochgelobte Methode ist mitverantwortlich für die Erosion der Rechtschreibfähigkeit.

Von Philipp Gut und Peter Keller

Alex presst aufgeregt die Lippen zusammen. Sein Finger fährt der Buchstabentabelle entlang und hält triumphierend. Da sind ein Affe und eine kleine Ameise abgebildet, darunter steht ein Buchstabe, den er nun in sein Heft abmalt. Dann sucht der Siebenjährige das nächste Bildchen und «schreibt» weiter. Alex besucht seit ein paar Monaten die erste Klasse und lernt lesen und schreiben. Nach einer Viertelstunde zeigt er der Lehrerin stolz das Ergebnis. «Ich SchBILE FUSBAL MITMEiNeM PAPA.»

Alex alias «ALeKS» beginnt seine ersten Schritte in der Buchstabenwelt mit dem Lernprogramm «Lesen durch Schreiben». Entwickelt hat die Methode der 2009 verstorbene Schweizer Reformpädagoge Jürgen Reichen. Gearbeitet wird mit einer Anlauttabelle, und man lässt die Kinder eigenständig und nach eigenem Tempo vorgehen. Mit dem jeweiligen Anlaut sind Bilder verbunden: mit B eine Banane, mit Sch eine Schere, mit Z eine Zitrone. Die Schüler wählen mit Hilfe des Bildes frei einen Buchstaben aus und beginnen nach Gehör zu schreiben, ohne Rücksicht auf die Orthografie nehmen zu müssen.

Kinder könnten mit «Lesen durch Schreiben» erstaunlich schnell kleine Geschichten aufschreiben statt nur einzelne Buchstaben oder einfache Wörter wie bei anderen Methoden, berichten Lehrer. Sie lernen aus sich heraus, «selbstgesteuert», wie ein Modewort der Reformpädagogik lautet. Lustvoller Umgang mit Sprache statt Pauken und Diktate: Jürgen Reichen schien einen pädagogischen Coup gelandet zu haben. In der Schweiz, aber auch in Deutschland setzte sich sein Lernprogramm an vielen Schulen durch.

Schweizer im Hintertreffen

Doch jetzt zeigen sich Schattenseiten der hochgelobten Methode: «Lesen durch Schreiben» hat zu einer Erosion der Schreibkompetenz geführt. Schlechtschreibung ist lernbar. Was bei Klein Alex vielleicht noch herzig war, wird spätestens in den höheren Schulstufen zu einem ernsthaften Problem. Die mangelhafte Orthografie lässt sich kaum mehr oder nur sehr mühsam korrigieren. Kinder prägen sich falsche Schreibweisen ein. «Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.» In neurobiologischer Hinsicht ist diese Volksweisheit längst eingeholt und auf vielfache Weise bestätigt», sagt Manfred Spitzer, der wohl -bekannteste deutsche Hirnforscher. Dazu kommt die Verunsicherung, wenn die Schüler ab der dritten, vierten oder gar erst der fünften Klasse plötzlich regelgetreu schreiben sollten und erstmals richtige Zeugnisse erhalten. Zu den profiliertesten Kritikern von «Lesen durch Schreiben» gehört Jürgen Oelkers, emeritierter Professor für Allgemeine Pädagogik an der Universität Zürich. Das Konzept basiere «auf einer falschen kognitiven Grundannahme, die übersieht, welche Bedeutung Üben und Fehlerkorrektur für richtiges Schreiben haben».

In einer Metastudie von 2014 analysierte Professor Reinold Funke aus Heidelberg sechzehn empirische Untersuchungen zum Thema. Ihre Aussagekraft sei «durch methodologische Beschränkungen begrenzt», gibt Funke zu bedenken. Dennoch: Im Vergleich mit Klassen, die nach einer klassischen Lesefibel unterrichtet wurden, seien die Lernergebnisse beim Rechtschreiben auf der Primarstufe «signifikant schlechter». Besonders für «Schüler mit ungünstigen Lernvoraussetzungen, möglicherweise auch für zweisprachige Schülerinnen und Schüler» stelle «Lesen durch Schreiben» keine «optimalen Lernwege»

bereit. Mit anderen Worten: Leidtragende sind ausgerechnet schwächere und fremdsprachige Schüler, auf welche die Reformpädagogen eigentlich besonders eingehen wollten.

Ein ähnliches Bild zeichnet das Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache an der Universität Köln: «Mittels der Anlauttabelle setzen sich die Kinder intensiv mit der Laut-Buchstaben-Beziehung auseinander und fokussieren damit auf den Kern der deutschen Schrift. Diese Strategie reicht jedoch nicht aus, um zu einem kompetenten Schreiber (und Leser) zu werden.» Schwächere Schüler scheiterten an diesen Anforderungen, «weil man ihnen keine Hilfestellung an die Hand gibt, um die Strukturen zu erkennen und zu verstehen». Zwar führten viele Lehrer ins Feld, dass die Kinder sich bei der Methode «Lesen durch Schreiben» hochmotiviert fühlten, Texte zu produzieren. Dies sei «allerdings nicht durch Studien belegt».

In der Schweiz sorgte vor eineinhalb Jahren eine noch nicht veröffentlichte Studie aus dem deutschsprachigen Teil des Kantons Freiburg für Schlagzeilen. «Schweizer Kinder machen deutlich mehr Fehler als deutsche und österreichische», titelte die *Aargauer Zeitung*. Studienautor Erich Hartmann, Professor an der Universität Freiburg, erklärt auf Anfrage der Weltwoche, dass die Studie nun in diesem Jahr publiziert werde. Sie vergleicht die Rechtschreibleistung der Freiburger Schüler mit jener von gleichaltrigen aus Deutschland («Hamburger Schreib-Probe») und kommt zum Schluss, dass die Freiburger Probanden beim lautorientierten Schreiben «insgesamt besser abschnitten», jedoch «vergleichsweise schwächere Leistungen in Teilbereichen des orthografischen Schreibens» zeigten, wie Hartmann ausführt. Dies liege wohl primär am Unterricht und an den Lehrmitteln. Stünden das lautorientierte und das freie Schreiben im Vordergrund, gehe dies auf Kosten der Orthografie. Das zielt direkt auf Methoden wie «Lesen durch Schreiben» und «Schreiben nach Gehör».

Bequem für die Lehrer

Die Frage stellt sich, warum diese umstrittenen Methoden trotzdem so verbreitet bleiben. Die grosse Mehrheit ihrer Kolleginnen und Kollegen arbeite zumindest teilweise nach den Ideen von Jürgen Reichen, sagt eine Primarlehrerin aus dem Kanton Graubünden. An den pädagogischen Hochschulen würden diese immer noch gelehrt. Der Kanton Zürich empfiehlt die Software «Erstes Verschriften», «das Originalcomputerprogramm von Dr. Jürgen Reichen». In der Anleitung heisst es: «Durch Wahl des Programmstarts entscheidet das Kind selbst, welchen Anforderungen es sich stellen will: Rechtschreibung amtlich korrekt oder lautgetreu.» Nicht im Beipackzettel steht, dass der Entscheid gegen die korrekte Rechtschreibung fatale Nebenwirkungen haben kann – mit orthografischen Langzeitschäden.

Ein anderes verbreitetes Lehrmittel aus demselben Verlag (Scola, gehört heute zu Orell Füssli) heisst schlicht «Lesen durch Schreiben» und preist sich als «ideales Arbeitsmittel für den offenen Unterricht». Reihentitel: «Little Genius», kleines Genie. Der schulische Alltag sieht allerdings anders aus, viele der «kleinen Genies» bleiben ohne genaue Instruktion und Kontrolle heillos überfordert.

Der Sekundarlehrer Urs Kalberer, der den vielbeachteten Bildungsblog «Schule Schweiz» betreibt, sieht einen Grund für die anhaltende Beliebtheit der reformpädagogischen Schreibkonzepte in der grossen Heterogenität der Klassen. «Lesen durch Schreiben» sei für die Lehrer eine bequeme Methode, weil sie auf einfache Weise das Individualisieren zulasse. Weniger gut sieht laut Kalberer die Bilanz für die Schüler aus: Die schlechteren von ihnen würden so schon zu Beginn der Alphabetisierung abgehängt.

Auf der Oberstufe lasse nicht nur die Rechtschreibfähigkeit nach, sondern auch das Schriftbild, stellt Kalberer fest. Manche Texte könne er fast nicht mehr entziffern. Möglicherweise bestehe hier ein Zusammenhang: Der «Niedergang der sauberen Schrift»

habe vielleicht auch Auswirkungen auf die Qualität. Das Abendland gehe deshalb aber nicht unter. Aus der Distanz betrachtet, verlaufe in der Bildungspolitik vieles in Wellen. Kalberer beobachtet eine «Gegenbewegung», die wieder mehr Wert auf «formale Korrektheit» legt. Tatsächlich machen einzelne Lehrervertreter ihrem Unmut mit deutlichen Worten Luft. «Kein Mensch käme auf die Idee, dass es ein Kind [. . .] beim Trompetenspiel oder Kunstturnen ohne subtile, zielgerichtete Führung, Anweisung, Wiederholung, Steuerung und Fehlerkorrektur auf ein beachtliches Niveau bringen würde», sagt Roger von Wartburg, Präsident des Lehrerverbandes Baselland. Aber ausgerechnet beim Erlernen des Schreibens, einer höchst anspruchsvollen Tätigkeit, sollten diese grundsätzlichen Regeln ausser Kraft gesetzt sein, wundert er sich.

Nicht nur Lehrmeister beklagen die Schreibschwächen von Schulabgängern, selbst an Hochschulen registrieren die Dozenten mit einer Mischung aus Ärger und Amusement die mangelhafte Orthografie ihrer Studenten. Carl Bossard, ehemaliger Rektor der Pädagogischen Hochschule Zug, wartet mit Beispielen auf, die leider keine Einzelfälle seien: «Noch eine verspätete schriftliche Entschuldigung für das ich am Mittwoch 31.10. Krank wahr.» Ein anderer Student habe sich abgemeldet mit den Worten: «Ich hoffe auf Ihr Verständniss und möchte mich viel mals entschuldigen.»

Wie sollen angehende Lehrer dereinst ihren Schützlingen den korrekten Sprachgebrauch beibringen, wenn sie selber grundlegende Rechtschreibregeln nicht beherrschen? Bossard sieht in dieser Entwicklung auch eine Folge falscher Prioritätensetzung. Die kantonalen Bildungsdirektoren schienen sich fast nur noch für frühe Fremdsprachen zu interessieren. «Aber wie steht es um das korrekte Frühdeutsch?», fragt er.

Erstaunliche Karriere

Der Erfinder von «Lesen durch Schreiben» legte eine erstaunliche Karriere hin und gehört neben Heinrich Pestalozzi wohl zu den einflussreichsten Schweizer Pädagogen überhaupt. Jürgen Reichen, geboren 1939, machte in Baselland die Ausbildung zum Primarlehrer, studierte Psychologie, schrieb eine Dissertation, unterrichtete dann mehrere Jahre auf der Unterstufe, ehe er in Hamburg zum Dozenten und Autor von Lehrmitteln wurde, die bis heute an vielen Schulen in Gebrauch sind. Ein einträgliches Geschäft.

Reichen plädiert für einen Unterricht, der sich auf die Kinder ausrichtet. Diese seien von Natur aus neugierig, sie wollten lernen, man müsse ihnen nur die entsprechenden Gelegenheiten bieten. Der Lehrer wird so zum «Coach», der Unterricht werde «individualisiert». Das klingt alles wunderbar und einleuchtend, hat aber, wie die Erfahrungen zeigen, einen entscheidenden Haken: Der Idealfall entspricht nicht der Wirklichkeit, die Folgen sind besorgniserregend.

Hier setzt auch die Fundamentalkritik des Erziehungswissenschaftlers Jürgen Oelkers an: Man baue auf Methoden, die nicht auf ihre Wirksamkeit getestet würden. Widerrede sei unerwünscht: «Wer dagegen protestiert, hat die Schulen und die geballte Grundschulpädagogik gegen sich», die auf altersdurchmisches Lernen schwöre, bei der Inklusion – also der Integration von schwierigen und lernschwachen Schülern in die Regelklassen – keinerlei Nachteile sehe und einen möglichst notenfreien Unterricht wünsche.

Verbote in Deutschland

Doch der politische und mediale Druck wächst, vorab in Deutschland. Der Spiegel widmete dem Thema («Das grosse Schulversagen») eine Titelgeschichte: Nur jeder fünfte Absolvent der obligatorischen Schule könne einigermaßen fehlerfreie Texte verfassen. Schuld sei vor allem «eine Lehrmethode, die Grundschulern freistellt, wie sie schreiben». «Zweifelhafte Reformen vergrössern die Kulturwüste», mahnt die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Immer mehr Bundesländer rückten davon ab, dass die Texte von den Kindern

erst einmal nach Gehör verfasst werden, denn die Ergebnisse seien «schauerlich». Ausgerechnet in Hamburg, von wo aus die Methode von Reichen ihren Siegeszug durch die deutschsprachigen Länder angetreten hat, haben die Behörden den Schulen als Erste untersagt, entsprechende Lehrmittel zu verwenden. Ein Verbot gibt es auch in Baden-Württemberg.

In der Schweiz läuft die Debatte etwas weniger konfrontativ ab, was wohl auch mit dem föderalistischen Aufbau der Bildungspolitik zu tun hat: Grundsätzlich sind gemäss Verfassung die Kantone zuständig für die Schulen und damit auch für die Auswahl der Lehrmittel. Allerdings wurde gerade mit dem Lehrplan 21 ein Rahmengerüst geschaffen, das die kantonale Bildungshoheit empfindlich einschränkt. Die Weltwoche hat bei der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) nachgefragt, inwiefern Lernmethoden wie «Lesen durch Schreiben», «Lautgetreues Schreiben» und «Schreiben nach Gehör» Gegenstand des Lehrplans 21 seien. Benedict Zemp, wissenschaftlicher Mitarbeiter der D-EDK, hält fest, dass die Methodenfreiheit der Lehrpersonen nicht eingeschränkt werde. Im Lehrplan seien einzig die Kompetenzen definiert, die je nach Schulstufe zu erreichen seien: «Rechtschreibung und Grammatik haben dabei einen grossen Stellenwert.» Auf die Frage, wie die Erziehungsdirektorenkonferenz zum umstrittenen Reichen-Ansatz stehe, weicht Zemp aus; er könne die verschiedenen Methoden nicht gegeneinander abwägen, da es nicht Aufgabe des Lehrplans 21 sei, hier Vorgaben zu machen.

Klarer Bezug zur Reichen-Methode

Ein Blick in den Lehrplan zeigt allerdings, dass der Rechtschreibung keineswegs ein so grosser Stellenwert zukommt, wie die Erziehungsdirektoren behaupten. Auch sind die Kompetenzvorgaben durchaus methodenbezogen definiert. So ist im Kapitel «Schreiben, Grundfertigkeiten» für die Unterstufe ein klarer Bezug zur Reichen-Methode auszumachen: «Die Schülerinnen und Schüler [. . .] können einzelne Laute heraushören, diese den passenden Buchstaben zuordnen und einzelne Wörter lautgetreu verschriften.» Nichts anderes will die Methode «Schreiben nach Gehör». Weiter heisst es, die Kinder müssten alle Laute und Lautverbindungen heraushören «und in lautgetreuer (nicht unbedingt orthografisch korrekter) Schreibung entsprechenden Buchstaben zuordnen können» (Seite 17). Ähnlich klingt es im Kapitel «Schreiben» (Seite 22), da ist von «lautgetreuer Schreibweise» die Rede. Selbst in den höheren Klassen sprechen die Lehrplan-21-Autoren kuschelschwammig von «Fehlersensibilität entwickeln».

Reichen lebt. Auch in den Listen der obligatorischen Lehrmittel fast aller Kantone. Sie heissen wie das Original «Lesen durch Schreiben» oder sind inspiriert davon wie «Lara», «Anton und Zora» oder die weitverbreitete «Buchstabenreise» (vormals «Buchstabenschloss»). Beispiele davon finden sich auf den Lehrmittellisten der Kantone Bern, Basel-Stadt und Baselland, Aargau, Thurgau, Luzern, Zug, Schwyz, Ob- und Nidwalden, St. Gallen, Schaffhausen, Solothurn, Appenzell und Zürich. Alle diese Lehrmittel sollten den Kindern lustvoll und mühelos Lesen und Schreiben beibringen. Schön wär's. Die Reichen-Methode hat mit ihrem gefährlichen Laisser-faire die gegenwärtige Rechtschreibkrise wesentlich mitzuverantworten.

Korrigieren am Küchentisch

Professor Oelkers erkennt ein strukturelles Problem als Grund, warum die «falsche Methode» bis heute an Primarschulen unterrichtet werde: Die Aufsicht greife wegen der Schulautonomie nicht ein, und auch die Eltern seien machtlos, hätten aber letztlich dafür zu sorgen, dass sich ihre Kinder schriftlich korrekt ausdrücken können. Anders gesagt: Am Küchentisch muss korrigiert werden, was im Schulzimmer vernachlässigt wurde.

Am Küchentisch muss korrigiert werden, was im Schulzimmer vernachlässigt wurde.

Dass einiges im Argen liegt beim Schreibunterricht, haben inzwischen sogar die Schüler gemerkt. Die trüfste Kritik an «Lesen durch Schreiben» formulierte der Sprecher eines Münchner Schülerrats: Schreiben nach Gehör, meinte er, sei wie operieren nach Gefühl.

Leistungsdruck in Schule und Kindergarten

Infosperber 01.02.18, *Linda Stibler*

In Basel-Stadt wurden die Reformen um Harnos besonders rigoros durchgesetzt. Jetzt zeichnet sich Widerstand ab.

Zwar hörte man oft hinter vorgehaltener Hand von Eltern und Lehrpersonen, es gebe eine unabsehbare Flut von Tests und neuerdings auch von Checks, die einen Konkurrenzdruck schaffen, der sich nicht nur negativ auf Schülerinnen und Schüler auswirkt, sondern je länger desto mehr auch auf Lehrpersonen und nicht zuletzt auf Eltern. Doch öffentlicher oder politischer Protest war kaum zu hören. Jetzt scheint sich das zu ändern.

Im vergangenen Sommer wehrten sich Lehrerinnen und Lehrer mit Unterstützung von zahlreichen Eltern im Quartierschulhaus Gotthelf gegen die 2013 eingeführten neuen Beurteilungskriterien in den ersten Primarschuljahren und notabene im Kindergarten. Sie stellten den Antrag an das Erziehungsdepartement, in einem Schulexperiment keine Lernberichte mehr abgeben zu müssen. Dieses Ansinnen wurde rundweg abgelehnt. Im Herbst beschlossen die Lehrerinnen und Lehrer, das Experiment trotzdem durchzuführen.

Laut den neuen Beurteilungskriterien sollten zwar keine Noten gesetzt werden, doch in den Lernberichten der ersten drei Primarschuljahre werden die Kinder in vier Kategorien bewertet; sie heissen lapidar «hohe Anforderungen erreicht», «Grundanforderungen gut erreicht», «Grundanforderungen erreicht» bis «Grundanforderungen nicht erreicht». Was – allen Beteuerungen zum Trotz – nichts anderes heisst als die Noten aus längst vergangenen Zeiten. Aufgrund dieser lapidaren Klassifizierung sollen im obligatorischen Elterngespräch Wege gesucht werden, wie Kinder individuell zu fördern seien und was die Eltern dazu beitragen könnten, das wird in einer Vereinbarung festgehalten und beiderseits unterschrieben. Unter diesen Prämissen sind die Rollen bereits verteilt, was einem offenen Dialog zwischen Eltern und Lehrerschaft nicht zuträglich ist. Eltern werden für den Schulerfolg ihrer Kinder mitverantwortlich gemacht, ihre Unterstützung oft umgedeutet in eine aktive Lern- und Aufgabenhilfe, die wiederum den Leistungs- und Konkurrenzdruck fördert sowie den ausserschulischen Alltag belastet. Da erstaunt es nicht, dass Kinder aus dem so genannt bildungsfernen Milieu erneut benachteiligt werden, obwohl man gerade für sie mehr Chancengerechtigkeit versprach.

Völlig abwegig sind jedoch die Beurteilungsberichte, mit denen Kindergartenkinder neuerdings bewertet werden. Es seien lediglich Momentaufnahmen zur Entwicklung des Kindes, heisst die Schutzbehauptung der Erziehungsbehörden. Zu dieser Mogelpackung gehörte auch der Versuch, die Kindergartenjahre in erste Primarschule umzubenennen, was sich allerdings nicht durchsetzen liess. Hierzulande bleibt man bei der Bezeichnung Kindergarten, auch wenn die Teilnahme jetzt überall obligatorisch ist.

Groteske Bewertungskriterien

Nie aber gab es bisher im Kindergarten Zeugnisse oder schriftliche Beurteilungen. Das widerspricht dem Bedürfnis nach Vertrauen und Geborgenheit, das für Kinder in diesem Alter fundamental ist. Und eigentlich widerspricht es auch dem gesunden Menschenverstand. Bekräftigt wird diese Sicht von namhaften Pädagogen, darunter auch vom bekannten Kinderarzt und Buchautor Remo Largo. Er hält von diesen Beurteilungen nichts und

findet sie gar schädlich. Umso grotesker mutet der siebenseitige (!) Fragebogen mit standardisierten Beurteilungspunkten an, der von der Lehrperson ausgefüllt und angekreuzt werden muss. Da heisst es etwa hochtrabend: «Kann Frustrationen aushalten», «hat ein angemessenes Nähe-Distanz- Verhalten», «Kann natürliche Phänomene angeleitet erforschen und erklären» oder «kann flexibel zählen». Es sind Dutzende von derartigen Beschreibungen; sie müssen angekreuzt und bewertet werden. Auch hier nach einer Viererskala. Diese Detailbeschreibungen unterstellen sowohl den Lehrpersonen als auch den Eltern, dass sie die Entwicklung eines Kindes nicht eigenständig beschreiben könnten, und sie suggerieren, dass nur Experten wissen, wie sich ein angeblich normales Kind zu entwickeln habe. Auch dieser Lernbericht muss mit einer Zielvereinbarung unterschrieben werden.

Erstaunlich ist die Tatsache, dass bei der Einführung dieser neuen Beurteilungsformen für den Kindergarten und die ersten Schuljahre vorerst keine Proteste laut wurden. Erst ein paar Jahre danach und in Konfrontation mit der Praxis begriffen Eltern und Lehrpersonen die Tragweite: Der Leistungsdruck ist mittlerweile im Kindergarten angekommen, denn die Lehrerinnen wurden sozusagen zu den Bewertungen der Kinder gezwungen und die Eltern aufgefordert, sich damit auseinanderzusetzen. Kein Wunder, dass die obligatorischen Elterngespräche für beide Seiten eher zur Belastung, denn zur Hilfe wurden.

Mit einiger Verspätung manifestiert sich jetzt aber Widerstand, wie die Protestaktion im Gotthelfschulhaus zeigte: Eine kleine Revolte, die augenblicklich zu Gegenreaktionen von ganz oben – sprich der kantonalen Schulleitung und der Erziehungsdirektion – führten. Die rebellierenden Lehrerinnen und Lehrer wurden zurückgepiffen und mit Sanktionen bedroht. Pikant an dieser Verteidigungsstrategie ist, dass weder der heute zuständige Regierungsrat noch der Leiter Volksschulen des Kantons für die Einführung dieser umstrittenen Lernberichte verantwortlich sind. Das besorgten ihre Vorgänger.

Nachdem die Sache publik wurde (vergl. *Tageswoche* 42/20.10.17) gab es eine Art Protestkundgebung mit einem von weit über 100 Eltern und Lehrpersonen besuchten Anlass im *Kleintheater Teufelhof*, zu dem auch der Leiter Volksschulen, Dieter Bauer, eingeladen war und – zumindest verbal – leisere Töne anschlug: Er rechtfertigte, dass Kinder in andern Bereichen – zum Beispiel beim Sport – durchaus Spass am Wettbewerb hätten. Immerhin versprach er, man werde die Kritik ernst nehmen. Abzuwarten bleibt, welche Konsequenzen die Behörden daraus ziehen.

Leistungschecks flächendeckend

Ein weiteres Kampffeld sind mittlerweile die Checks, die ebenfalls neu in der Volksschule Einzug gehalten haben. Sie wurden im Zuge der Harnos-Reformen im eher harzig funktionierenden Bildungsraum Nordwestschweiz eingeführt. Auch hier schritt der Kanton Basel-Stadt entschlossen voran, während die anderen Kantone Aargau, Solothurn und Baselland zögerlich folgten. Die Checks sollten – nach dem Versprechen der Schuldirektionen – zur Standortsbestimmung der Schülerinnen und Schüler dienen sowie zu ihrer individuellen Förderung beitragen; damit würde die Chancengleichheit erhöht. Auch das eine Mogelpackung, denn die Checks wurden unter anderem als Gegenmassnahme gegen die Leistungschecks von einzelnen Lehrbetrieben gedacht, die den Schulabgängern eine derartige Prüfung bei der Lehrstellenbewerbung abverlangen – notabene auf eigene Kosten. Ein derartiger Check kostet ca. 100 Franken und ist von den Lehrstellensuchenden selbst zu bezahlen. Die Checks seien eine nötige Massnahme, so argumentieren Firmenverbände, weil das Schulniveau bedenklich gesunken sei. Solche zweifelhaften Behauptungen sind der Versuch, mehr Einfluss auf die Schule zu gewinnen. Im Zuge der Reformen um Harnos wurden die Checks dann gerade flächendeckend über die ganze obligatorische Schulzeit eingeführt, als probates Mittel zur Standortbestimmung von Schülerinnen und

Schülern und ihrem Lehrkörper. Sie werden obligatorisch in das Abschlusszertifikat eingetragen, was der Chancengerechtigkeit nicht zuträglich ist, da sie nur für die einen eine Empfehlung darstellen, die Leistungsschwachen aber weit über die Schulzeit hinaus abgewertet werden. Und es gibt keine Zusicherung, dass Lehrfirmen auf eigene Checks verzichten.

Teuer und fragwürdig

Die Checks sind ebenfalls standardisierte Fragestellungen, die nicht etwa von den kantonalen Schulbehörden erstellt werden oder gar situativ von den zuständigen Lehrpersonen, sondern sie werden von privaten Firmen entwickelt und für teures Geld eingekauft. Gerade diese Tatsache beanstandete auch ein parlamentarischer Vorstoss von Kerstin Wenk (SP), der viele kritische Fragen zu den Checks aufwarf. Die Checks kosten den Kanton jährlich ca. 630'000 Franken, wenn man die Entwicklungs- und Betriebskosten der externen Firma von jetzt 290'000 Franken pro Jahr berücksichtigt und die Kosten für die schulinternen Aufwendungen dazu zählt.

Die Checks sollen objektive Resultate bringen, die Vergleiche zwischen den einzelnen Schülern, zwischen den einzelnen Lehrkräften, zwischen den einzelnen Schulen, ja sogar zwischen den Kantonen erlauben.

Ein Topinstrument für Wettbewerb und Rankings jeder Art

Nein, es gehe nicht darum, ein Ranking zu veranstalten, beteuerte der damalige Erziehungsminister Christoph Eymann, sondern um eine interne Optimierung. Die Resultate würden nie öffentlich zugänglich gemacht. Fraglich bleibt, ob diese Transparenz nicht gerichtlich erzwungen werden kann, wenn zum Beispiel Eltern das verlangen, um die Qualität eines Schulstandorts zu beurteilen.

Unter den Lehrerinnen und Lehrern gibt es zunehmend kritische Stimmen. Sie befürchten darüber hinaus mehr Kontrolle: Was passiert, wenn ihre Klasse den «normalen» Durchschnitt nicht erreicht? Werden sie sanktioniert, kommen sie ihrerseits unter Druck? Zudem wird ihre Rolle verändert, sie werden zu Vollzugsbeamten, denn die Checks sind auch mit Aufgabenhilfen verbunden, die so den Schulablauf und den Inhalt beeinflussen. Zudem verursachen sie einen grossen administrativen Aufwand und nehmen viel Raum ein, sodass sich das Lernen immer stärker auf die Checks konzentriert und damit die eigentliche, nicht messbare Bildung vernachlässigt wird.

An der letzten Schulsynode (neu KSBS) haben sich 90 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer mit einer Resolution ans Erziehungsdepartement gewandt und gefordert, die Checks abzuschaffen. Die Antwort des neuen Erziehungsdirektors Conradin Cramer kam ebenso rasch wie jene auf den Protest gegen die Bewertungen in der Primarschule: Es sei undenkbar, die Neuerungen rückgängig zu machen; man sei an interkantonale Verträge gebunden, da die Checks mit den Partnerkantonen gemeinsam eingekauft würden. Doch das letzte Wort ist auch hier noch nicht gesprochen. Der Widerstand geht weiter – sowohl unter der Lehrerschaft als auch auf parlamentarischer Ebene.

Vom vergessenen Kulturgut des Erzählens und Zuhörens

Journal21, 2.2.2018, von Carl Bossard

Der Klassenunterricht hat es heute schwer. Gefragt ist individualisierendes Arbeiten, gefordert selbstorganisiertes Lernen. Vergessen gehen oft der Wert des Erzählens und das Üben des Zuhörens. Ein Erinnerungsversuch.

In der Schule gibt es Grundsätze und Erkenntnisse, die nicht veralten, die zeitlos und darum veralterungsresistent sind, z. B. dass alle lesen, schreiben und rechnen lernen und dass es dazu engagierte Lehrerinnen und Lehrer braucht. Zur Paedagogia perennis, zu dem, was immer gilt und keinem Verfalldatum untersteht, gehören auch lebendiges Erzählen und achtsames Zuhören.

Erzählen als ursprüngliche Art der Begegnung

Menschen haben Geschichten gern – und sie brauchen Geschichten. Gute Geschichten, betont der Literaturprofessor und Schriftsteller Peter von Matt. Das gilt auch unsere Schulkinder. Ein klassischer Grundsatz; darum ewig gültig, den sozialen Medien zum Trotz. Die meisten Kinder lieben Erzählungen und hören gerne zu. „Kinder brauchen Märchen“ – „Kinder brauchen Bücher“. Die beiden Bücher des bekannten Kinderpsychologen Bruno Bettelheim öffneten mir im Lehrerstudium die Augen und zeigten, wie bedeutsam dieses Anliegen ist.

Fabulieren ist das, was Menschen mit Lust und Laune und ganz freiwillig tun. Sie reden und erzählen, sie simsens und bloggen, sie dichten Verse und schreiben Geschichten oder gar ganze Romane. Manche reden darum nicht vom Homo sapiens, sondern vom Homo narrans, vom Menschen, der erzählt, ja sogar vom «storytelling animal».

Eine Erzählung mit Leben füllen

Wie eine Erzählung lebendig wird, zeigte unser Sechstklasslehrer – Theatermensch par excellence, Geschichtenschreiber und Poet in Personalunion. Als wir noch Helden hatten, ja, da war vieles einfacher, auch das Geschichtenerzählen. Unser Lehrer beherrschte es; er konnte formulieren, fabulieren, faszinieren. Und dies sehr anschaulich: Noch heute sehe ich ihn vor mir, den Abenteurer und Journalisten Stanley, wie er im unbekanntem Afrika des 19. Jahrhunderts nach dem verschollenen Forscher Livingstone suchte.

Wir fieberten mit, wenn der Lehrer von Wilhelm Tell erzählte, wie er den tyrannischen Vogt Gessler in der Hohlen Gasse erschoss, und von Schillers politisch-literarischem Thriller schwärmte. Wir hörten atemlos zu, wenn er Arnold Winkelried auferstehen liess und berichtete, wie der Nidwaldner Landesheilige bei Sempach sein Leben opferte – und so eine schlachtentscheidende Lücke in die Reihe der feindlichen Speere riss. Wir sahen die Helden vor uns. In solchen Momenten war das Vaterland nicht nur ein Gebiet auf der Schweizer Karte, nein, das Vaterland war auch ein Gefühl. Es war mein Heimatland. Stolz war der kleine Sechstklässler auf diese grossen Perlen in der eidgenössischen Mythenkette.

Geschichten ins Wissen der Kinder einordnen

Das war damals. Heute haben es Helden schwer. Sie haben ausgedient. Erbarmungslos entmystifiziert und entsorgt. Geblieben aber ist der Wert des Erzählens. Es ist eine ursprüngliche Art der Begegnung – und damit konstitutives Element guten Unterrichts. Der Lehrer steht dabei in engem Kontakt zur Klasse. Er muss – wie die Schauspielerin beim Publikum – „ankommen“. Und Ankommen ist kein Zufall. Beim Erzählen erzeugt die Lehrerin Sprache und bei den Kindern innere Bilder. Für Heranwachsende ist das ein eminent wichtiger Wahrnehmungsvorgang.

Hören ist ein kognitiver Prozess.¹ Er findet nicht nur im Ohr statt. Das Hirn verarbeitet Sprache. Dabei gilt es, das Gehörte zu verstehen, es zu einem zusammenhängenden Gefüge zu verknüpfen und dann das Ganze ins Netz des eigenen Wissens aufzunehmen und einzuordnen. Noch heute weiss ich um die Erforschung des Kontinents Afrikas – dank der erzählten Episode von Stanley und Livingstone im damaligen Sachunterricht.

Zuhören als verstehende Zuwendung

Lehrerinnen und Lehrer sollten aber nicht nur frei und lebendig, anschaulich und bildhaft erzählen können, sie müssen auch selber gut zuhören können. Zuhören, hinhören – das wird für heutige Kinder immer wichtiger. Viele haben zu Hause ja kein persönliches Vis-à-Vis, das ihnen achtsam zuhört, kein Gegenüber, das sich Zeit nimmt zum Hinhören. Und der Laptop ist ein gar ungeselliger Geselle!

Trotz Internet, trotz Handy – oder eben gerade darum – brauchen die Kinder ein achtsames menschliches Gegenüber. Aufmerksam zuhören ist verstehende Zuwendung. Beim Zuhören schenkt man dem Gegenüber Gehör – für viele Schulkinder so etwas wie eine neue Erfahrung.

Besser hinhören, genauer hinhören, zuerst zuhören

Was Zuhören bewirken kann, zeigte das letztjährige Gedenkjahr zum 600. Geburtstag von Niklaus von Flüe. Darauf aufmerksam gemacht hat Peter von Matt. Im Zentrum von Bruder Klaus' Denken sei die Überzeugung gestanden: „Darum sönd ir luogen, dz ir enandren ghorsam syend.“ Das Adjektiv gehorsam geht – sprachgeschichtlich gesehen – auf „horchen“, „auf etwas hören“ zurück. Gehorsam verstanden als Gehör. Es sei, so sagte der emeritierte Hochschullehrer, ein Schlüsselsatz von Bruder Klaus, vielleicht sogar seine ganz eigentliche Botschaft an die Tagsatzung 1481 von Stans – und an uns Heutige: Besser hinhören, genauer hinhören, zuerst zuhören. Mit dieser Haltung habe er etwas vorgelebt, das ewig gültig sei, das nicht veralte – eine Versöhnungskultur. Ein Aufeinander-Eingehen, das Einander- Verstehen.

Vielleicht hat der Einsiedler aus dem Ranft damit die schweizerische Synthese vorweggenommen, nämlich den Zusammenhalt von ganz Unterschiedlichem – und damit das Überwinden von Bruchstellen und Verschiedenheiten, von unterschiedlichen Mentalitäten und Realitäten, von Stadt und Land, von gross und klein, von reich und arm. Indem man aufeinander hört.

Das gilt nicht nur für einen Staat wie die Schweiz, das gilt auch – und ganz besonders – für einen Mikrokosmos wie die Schule mit ihrer heutigen Heterogenität. Hinhören.

Das Zuhören muss man lernen

„Mehr zu hören, als zu reden – solches lehrt uns die Natur: Sie versah uns mit zwei Ohren, doch mit einer Zunge nur“, sagte Gottfried Keller, der kluge Zürcher Dichter und politische Denker, in einem Aphorismus.

Doch das Zuhören muss man lernen. Als Lehrer habe ich mit meinen Schülerinnen und Schülern das Diskutieren intensiv trainiert. Dabei mussten sie im Diskurs immer zuerst den Gedanken des Vorredners kurz zusammenfassen. Erst dann war ihr Gegenargument an der Reihe. So zwang ich die Schülerinnen und Schüler, genau hinzuhören und zu resümieren. Sie mussten sich aufs Wesentliche konzentrieren und Unwichtiges „überhören“.

Der Aufbau von Zuhören-Können ist eine pädagogische Aufgabe. Zuhören wird so zum Auftakt echter Begegnungen – auch mit Sachinhalten. Es führt zum Verstehen. Unser Lehrer konnte nicht nur anschaulich erzählen, er konnte auch gut zuhören. Er versuchte

¹ Giorgio V. Müller, Zum Hören braucht es mehr als gute Ohren, in: NZZ, 22.11.17, S. 30.

uns zu verstehen, auch wenn er nicht mit allem einverstanden war. Ich begriff: Zuhören macht unsere Welt ein bisschen besser, mindestens ein bisschen menschlicher. Und noch heute sehe ich Livingstone und seinen unbändigen Forscherdrang vor mir.

Veranstaltungshinweise

- Di. 6. Februar 2018: [Lehrbetriebe brauchen Schulabgänger, die lesen, schreiben und rechnen können](#), Vortrag und Diskussion, Dietikon
- Do. 8. Februar 2018: [Ja zur Initiative «Lehrplan vors Volk»](#), Vortrag Dr. J. Barben, Affoltern a. A.
-

4. 2. 2018

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598